CDU CSU Fraktion im Deutschen Bundestag

Stephanus post

Der Stephanuskreis der CDU/CSU-Bundestagsfraktion informiert Dezember 2015

Wir geben verfolgten Christen eine Stimme

Der Stephanuskreis setzt sich für Religionsfreiheit ein

Menschen überall auf der Welt werden verfolgt, weil sie an das glauben, an was auch die Mehrheit der Deutschen glaubt. Sie werden verurteilt, weil sie eine Bibel besitzen, in die Kirche gehen oder beten. Nur vereinzelt dringen Schicksale von verfolgten und ermordeten Christen ins Blickfeld unserer Gesellschaft. Dabei ist die Wahrheit, Verfolgung von Christen ist nicht die Ausnahme, sondern in manchen Teilen der Welt traurige Regel. Doch ihr Leid wird noch immer zu wenig wahrgenommen. Ebenso wie das der vielen anderen unterdrückten religiösen Minderheiten, zu denen in einigen Ländern auch Muslime gehören.

87 Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben sich in dieser Wahlperiode im Stephanuskreis zusammengeschlossen, um diesem Unrecht eine entschlossenere Stimme zu geben. Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, weltweit für Religionsfreiheit und religiöse Toleranz einzutreten und insbesondere verfolgten Christen ein Forum auf politischer Ebene einzuräumen. Einen geschützten Raum, der ihnen die Freiheit gibt, auf ihre Situation aufmerksam zu machen und uns die Möglichkeit, Informationen zu bündeln und aufzuklären.

Der Einsatz für verfolgte Christen und die damit einhergehenden Bemühungen für das Grund- und Menschenrecht der Religionsfreiheit haben in der öffentlichen Wahrnehmung noch immer nicht den Stellenwert, den sie verdienen. Für uns Unionspolitiker, die wir aus unserem christlichen Selbstverständnis Anregungen für unsere Entscheidungen ziehen, sollte es Ziel sein, die Öffentlichkeit für die hohe Bedeutung dieses Themas zu sensibilisieren. Es reicht eben nicht, wenn wir nur innerhalb unserer Kreise darüber reden. Mit Hilfe dieses Newsletters wollen wir fortan regelmäßig über die Arbeit des Stephanuskreises und die Lage religiöser Minderheiten in aller Welt informieren. Vielleicht lassen sich so die nötigen Impulse für ein breiteres Verständnis setzen.

Die Zuwanderung hunderttausender Menschen unterschiedlichen Glaubens nach Deutschland zwingt die Gesellschaft, sich mit dem Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit neu auseinanderzusetzen. In einer Zeit, in der zunehmend erwartet wird, dass Menschen sich mit ihrer Religiosität ins Private zurückziehen, scheint einigen nicht bewusst, wie essenziell die Religionsfreiheit als Grund- und Menschenrecht für ein friedliches Miteinander ist. Der Respekt vor anderen Religionen, aber auch vor Atheisten ist da fest mit eingeschlossen.

Foto: Tobias Koch

Prof. Dr. Heribert Hirte MdB
Vorsitzender des Stephanuskreises

Sehen Sie diesen Newsletter, benannt nach dem ersten christlichen Märtyrer der Geschichte, als ein Plädoyer für eines der wesentlichsten Menschenrechte überhaupt. Das Recht an das zu glauben, an was man möchte. Lernen können wir das nur im Miteinander und nicht, indem wir es anderen diktieren. Lassen Sie uns deshalb gemeinsam für die Religionsfreiheit aufstehen und dafür sorgen, dass das Evangelium überall als das wahrgenommen wird, was es ist: Die Botschaft des Friedens und der Barmherzigkeit.

Ihr

Wir stehen für Religionsfreiheit ein

Von Volker Kauder

In vielen Regionen der Welt werden religiöse Minderheiten benachteiligt, diskriminiert und verfolgt. Die am stärksten betroffene Gruppe sind nach wie vor die Christen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion engagiert sich seit vielen Jahren für Religionsfreiheit und den Schutz verfolgter Christen weltweit. Wir wissen: Nur wer frei seinen Glauben leben kann, ist wirklich frei. Wir engagieren uns für die Freiheit aller Religionen, sofern sie friedlich ausgeübt werden und andere Glaubensrichtungen nicht diskriminieren.

Der Einsatz für Religionsfreiheit zieht sich wie ein roter Faden durch unsere politische Arbeit. So ist es auf die Unionsfraktion zurückzuführen, dass der Bundestag 2010 einen Antrag mit dem Titel „Religionsfreiheit weltweit schützen“ verabschiedete. Im Koalitionsvertrag von 2013 wurde auf unsere Initiative die Bedeutung der Religionsfreiheit besonders hervorgehoben. Und im Juni diesen Jahres forderten die Fraktionen von CDU/CSU, SPD und Grünen in einem gemeinsamen Antrag die Bundesregierung auf, Informationen der deutschen Auslandsvertretungen zu Verstößen gegen die Religionsfreiheit zu sammeln und dem Parlament darüber zu berichten.

Seit 2010 hat das Thema in unserer Fraktion auch eine besondere Heimat. Ich freue mich, dass der Stephanuskreis in unserer Fraktion ein immer größeres Interesse findet und sein Engagement immer mehr ausgeweitet hat. Diese erste Ausgabe eines eigenen Newsletters ist Ausdruck dafür. Für ihr Interesse und ihren Einsatz möchte ich allen aktiven, aber auch den schon ausgeschiedenen Mitgliedern des Kreises danken, insbesondere der ersten Leiterin Ute Granold und dem heutigen Leiter Heribert Hirte. Der Stephanuskreis ist für unser Engagement zugunsten verfolgter Christen und anderer religiöser Minderheiten nicht mehr wegzudenken.

Auf nationaler Ebene können wir einiges, aber nicht alles, was wir uns vorgenommen haben, erreichen. Deshalb ist es unerlässlich, sich auch international, vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen, Gehör zu verschaffen. So müssen wir auch weiterhin dem Versuch einiger islamischer Staaten entgegentreten, den völkerrechtlichen Schutz der Religionsfreiheit zu relativieren. Ihre These, dass die Religionsfreiheit nur die Religion als solche schützt, nicht aber den einzelnen Gläubigen, ist mit unserem Menschenrechtsverständnis unvereinbar.

Foto: Laurence Chaperon

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Weltgemeinschaft muss die Regeln, die sie sich selbst gegeben hat, achten. Für religiöse Toleranz hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gemeinsam mit der internationalen Parlamentariervereinigung für Religionsfreiheit am Rande der UN-Vollversammlung im September diesen Jahres eindringlich geworben. Mehr als 100 Parlamentarier – Männer und Frauen, Muslime, Hindus, Buddhisten und Christen – aus knapp 50 Staaten verabschiedeten in New York eine gemeinsame Erklärung. In ihr lassen sie keinen Zweifel daran, dass sie für mehr Religionsfreiheit weltweit einstehen.

Tiefe Sorge bereitet uns derzeit vor allem die Ausbreitung des islamistischen Fundamentalismus, der keine andere Religion neben sich duldet, nicht einmal gemäßigte islamische Ausrichtungen. Die ganze Brutalität von islamistischen Terrornetzwerken wie dem sogenannten Islamischen Staat wurde im vergangenen Jahr deutlich, als der IS im Nordirak versuchte, das Volk der Jesiden zu versklaven, ja auszulöschen. Der Terror des IS ist auch eine Ursache für die massive Fluchtbewegung aus Syrien und dem Irak. Eines der Ziele dieser verbrecherischen Organisation ist das Ende der religiösen Vielfalt im Nahen Osten. Nicht zuletzt greift der IS unser christlich-jüdisch geprägtes Wertesystem an. Dies können wir nicht tatenlos hinnehmen.

In meinen Gesprächen im Nahen und Mittleren Osten habe ich persönlich bei führenden Vertretern der Muslime für ein gemeinsames Verständnis religiöser Toleranz geworben. Dafür ist noch ein Weg zurückzulegen. Auch hier wird sich der Stephanuskreis engagieren. Das Eintreten für die Religionsfreiheit war noch nie so wichtig wie heute.

Inhaltsverzeichnis

Der Stephanuskreis
Der Vorsitzende informiert 1

Grußwort zur Erstausgabe
Volker Kauder 2
Ute Granold 3

Stephanuskreis Intern
Veranstaltungen & Vorträge 4

Aus aller Welt 7

Der Glaube formt die Persönlichkeit eines Menschen

Von Ute Granold

Foto: Büro Heribert Hirte, MdB

Sitzung des Stephanuskreises zusammen mit der AG Menschenrechte im November 2014: Hochrangige Vertreter der syrisch-orthodoxen und chaldäisch-katholischen Kirche berichten über Situation in Syrien und im Irak. Links: Dr. Claudia Lücking-Michel, MdB und Michael Donth, MdB

Ich freue mich über die Gelegenheit, anlässlich der Erstausgabe der „Stephanuspost“ ein Grußwort an Sie, liebe Leserinnen und Leser, richten zu dürfen.

Seit vielen Jahren nimmt sich die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag – und hier insbesondere auch die Arbeitsgruppe Menschenrechte – des Themas Religionsfreiheit in seiner ganzen Breite an.

Die Botschaft der Heiligen Schrift von Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität wird an einigen Orten der Welt schlicht als Bedrohung eigener Werteordnungen empfunden. Und nicht selten wird der Freiheitsgedanke, der vom Christentum ausgeht, als geistige Invasion des Westens wahrgenommen. Diese Sichtweise anderer Kulturen und Staaten gilt es zu verstehen und anzuerkennen. Denn nur, wenn wir wirklich begreifen, warum oft ausgerechnet Christen zum Feind von Staat und Gesellschaft erklärt werden, können wir gegen die religiöse Verfolgung vorgehen. Dabei sollte es das gemeinsame Ziel sein, Menschen darüber aufzuklären, dass Christen keineswegs eine Gefahr für Andersgläubige darstellen.

Vor diesem Hintergrund hatte ich im Frühjahr 2010 nach einer Delegationsreise nach Syrien und Jordanien als damalige Obfrau unserer Fraktion im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe angeregt, die Arbeit zu bündeln und zu intensivieren. Dieser Vorschlag wurde positiv aufgenommen, was für mich Anlass war, den Stephanuskreis zu gründen. Bewusst haben wir uns für den heiligen Stephanus als Namensgeber entschieden, den ersten christlichen Märtyrer, dessen sowohl Katholiken als auch Protestanten gedenken.

Und doch sind es nicht allein verfolgte Christen, für die sich der Stephanuskreis engagiert. Denn wer für unterdrückte Christen kämpft, dem muss die Religions- und Glaubensfreiheit als universell geltendes Menschenrecht am Herzen liegen. Da der Glaube eine zentrale Dimension des Lebens darstellt, nimmt auch das Recht, diesen frei wählen und leben zu können, eine hervorgehobene Stellung im Kanon der Menschenrechte ein. Glaubensüberzeugungen formen die Persönlichkeit eines jeden Menschen und gehören damit zu einem Bereich, den es in besonderer Weise zu schützen gilt.

Ich bin Professor Hirte sehr dankbar, dass er diesen Kreis seit 2013 an meiner Stelle fortführt. Mit Freude sehe ich, dass sich inzwischen mehr als 80 Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in dem Stephanuskreis zusammengeschlossen haben.

Als Mitglied des Bundesfachausschusses Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs-, und Menschenrechtspolitik der CDU-Bundespartei leite ich nunmehr dort die Arbeitsgruppe Verfolgte Christen. Dem rund 25-köpfigen Gremium gehören Vertreter des CDU-Bundesverbandes, der Landesverbände sowie parteiunabhängige Experten an. Sicher werden beide, der Stephanuskreis und die AG Verfolgte Christen, gegenseitig voneinander profitieren. Bestens vernetzt können wir so unser Anliegen auf alle Ebenen weitertragen.

Ich wünsche dem Stephanuskreis bei seiner künftigen Arbeit viel Erfolg, der Stephanuspost einen gelungenen Start und uns ein gutes Miteinander.

Herzliche Grüße

Ihre
Ute Granold

Foto: Werner Feldmann

Ute Granold
Gründerin des Stephanuskreises
Vorsitzende der CDU-AG Verfolgte Christen

CDU CSU

Veranstaltungen & Vorträge

Sitzungen des Stephanuskreises in der 18. Wahlperiode

In den vergangenen zwei Jahren hat sich der Stephanuskreis in monatlichen Sitzungen zusammengefunden und Fürsprecher religiöser Minderheiten sowie Kirchenoberhäupter angehört. In Text und Bildern folgt hier ein kleiner Ausschnitt der Veranstaltungen:

April 2014

Stephanuskreis unterstützt Friedensbewegung in Zentralafrikanischer Republik

Zum Sitzungsauftakt des Stephanuskreises berichteten drei religiöse Würdenträger aus der Zentralafrikanischen Republik über die schwierige Lage in ihrem Heimatland. Im Ringen um Frieden und Stabilität baten der katholische Erzbischof der Hauptstadt Bangui, S.E. Dieudonné Nzapalainga, der Präsident der zentralafrikanischen Evangelischen Allianz, Nicolas Guérékoyame-Gbangou, und der Präsident des Islamischen Rates der Zentralafrikanischen Republik, Omar Kobine Layama, um Unterstützung des Stephanuskreises. Die Initiative der Würdenträger für einen interreligiösen Dialog einen unabhängigen Radiosender aufzubauen, unterstützt der Stephanuskreis nach wie vor.

Juni 2014

Lage der Kopten bedenklich

Bei seinem Besuch schilderte S.E. Bischof Anba Damian die Situation der koptischen Christen in Ägypten, die seit langer Zeit ohne gesetzlichen Schutz und ohne Rechte in seinem Heimatland lebten. Nach der Machtübernahme von Präsident Abd al-Fattah al-Sisi seien Damian zufolge innerhalb kürzester Zeit mehrere Klöster und Kirchen zerstört worden. Weil Kopten unter Benachteiligung und politischer Verfolgung litten, seien bereits mehrere Tausend Kopten nach Deutschland geflohen. S.E. Bischof Damian bat die Mitglieder des Stephanuskreises deshalb um Unterstützung und rief sie dazu auf, die Kopten als potentielle Wähler der Zukunft nicht zu vergessen.

Foto: Büro Uwe Schummer, MdB

S.E. Bischof Damian mit Heribert Hirte

Juli 2014

Hirte fordert Hilfe für Jesiden

Angesichts der eskalierenden Situation im Irak und in Teilen Syriens forderte Heribert Hirte als Vorsitzender des Stephanuskreises im Sommer 2014 öffentlich, dass die Politik ihre Stimme gegen jegliche Art der religiösen Verfolgung erheben müsse. Gegenüber der christlichen Nachrichtenagentur KNA sagte Hirte: „Solchen Fanatikern kann nur Einhalt geboten werden, wenn alle friedliebenden Kräfte gemeinsam mehr Engagement für die Religionsfreiheit zeigen. Die Verfolgung von Millionen von Menschen aufgrund ihres Glaubens darf nicht lautlos verklingen!“
In einem Schreiben an den Bundesinnenminister, Thomas de Maizière, und den Bundesaußenminister, Frank-Walter Steinmeier, bat er um mehr Einsatz für die religiösen Minderheiten.

Oktober 2014

Jugendaktion „Sie sind wie wir“

Es war die Gleichgültigkeit, die sie am meisten erschreckt hat. Die Gleichgültigkeit, die ihnen – 16 Schülerinnen und Schülern aus dem Landkreis Neu-Ulm – entgegengebracht wurde, wenn sie mit Passanten über die Verfolgung und Diskriminierung von Christen sprechen wollten.

Die Jugendlichen riefen eine Solidaritätsaktion ins Leben unter dem Motto „Sie sind wie wir“ und sammelten über zehntausend Unterschriften, um die Politik auf die Situation junger bedrängter Christen aufmerksam zu machen. Die Listen übergaben sie dem Stephanuskreis. Heribert Hirte reichte die Unterschriften an Bundeskanzlerin Merkel weiter – mit Erfolg: Merkel antwortete den Jugendlichen in einem persönlichen Brief. Einen ausführlichen Bericht zu dem Treffen lesen sie hier.

Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Mitglieder des Stephanuskreises umringt von Jugendlichen, die sich für verfolgte Christen einsetzen

November 2014

Flüchtlinge in Syrien und im Irak

Der Stephanuskreis empfing Ende 2014 eine hochrangige Delegation mit Vertretern der syrisch-orthodoxen und chaldäisch-katholischen Kirchen. Die Würdenträger schilderten eindrücklich die aktuelle Situation der Christen in Syrien und im Irak. Vor allem trieb die Gruppe die Frage um: Wie werden die vielen Flüchtlinge den Winter überstehen, wo doch die meisten nicht mehr haben, als die Kleider am eigenen Leib? Zusammen mit der Vorsitzenden der AG Menschenrechte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erika Steinbach, rief Heribert Hirte anschließend in einer gemeinsamen Pressemitteilung zur Solidarität mit den Flüchtlingen auf.

Veranstaltungen & Vorträge

Sitzungen des Stephanuskreises in der 18. Wahlperiode

Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Flüchtlinge aus Nordkorea berichten im Stephanuskreis

April 2015

Kim Il-sung ist der Gott der Nordkoreaner

Seit 13 Jahren führt Nordkorea den Weltverfolgungsindex an. Eine Liste von Ländern, in denen nach Angaben des christlichen Hilfswerks Open Doors Christen besonders stark verfolgt werden. Im Stephanuskreis berichtete eine Gruppe junger Nordkoreaner von Hungersnot und Verfolgung in Nordkorea. Nach ihrer Flucht aus der Heimat hatten sie in Südkorea zum christlichen Glauben gefunden. In einem YouTube-Beitrag der CDU/CSU-Fraktion berichtet die Fraktion von den bewegenden Schilderungen der Jugendlichen.

Mai 2015

Stephanuskreis berät über Situation der Christen in Indien

Pfarrer Arul Lourdu aus der Gemeinde Leimen und die indische Ordensschwester Nirmalini schilderten die prekäre Lage von Christen in ihrer Heimat. Seit dem Wahlsieg der hinduistischen Nationalpartei sei es verstärkt zu Übergriffen hindunationalistischer Extremisten auf Kirchen und andere christliche Einrichtungen gekommen. Auch Massenkonvertierungen zum Hinduismus habe es wiederholt gegeben. Premierminister Modi stellte sich zwar im Frühjahr 2015 demonstrativ vor die Christen im Land, doch dies sei nur zum Schein gewesen, betonte Schwester Nirmalini im Stephanuskreis. Christen hätten für den indischen Regierungschef keinen Wert, so die Ordensschwester. Oft würden Anzeigen wegen antichristlicher Gewalt erst gar nicht entgegengenommen. „Die Zeit, in der die verschiedenen Religionen Indiens friedlich nebeneinander existieren konnten, scheint leider vorbei“, sagte sie. Im kommenden Jahr plant der Stephanuskreis, den indischen Botschafter einzuladen, auch um zu klären, welche konkreten Maßnahmen die indische Regierung ergreift, um Christen in Indien zu schützen.

Mai 2015

Verfolgte Gläubige im Iran

Naghmeh Abedini, die Ehefrau des im Iran inhaftierten Konvertitenpastors Saeed Abedini, kam nach Berlin, um für die Freilassung ihres Mannes zu kämpfen. Pastor Abedini wurde vor drei Jahren der Gründung von Hauskirchen beschuldigt und zu acht Jahren Haft verurteilt. Er ist das Gesicht der verfolgten Christen im Iran und ein Symbol für die Lage ehemaliger Muslime, die Christen wurden. Frau Abedini lebt mit ihren Kindern in den USA und sagte im Stephanuskreis: „Deutschland darf die Minderheiten im Iran nicht vergessen.“

Juni 2015

Stephanuskreis berät zur Lage der Christen in Aserbaidschan

Nachdem die Abgeordneten anlässlich der erstmals stattfindenden Europaspiele in Baku auf die unbefriedigende Menschenrechtslage in Aserbaidschan hingewiesen hatten, nahm sich auch der Stephanuskreis dieses Themas an. Zu Besuch war ein hochrangiger Christ aus Aserbaidschan, der über die Lage der Christen und den Status der Religionsfreiheit in seinem Heimatland berichtete. Aus Sicherheitsgründen sind von der Person weder Gesicht noch Name öffentlich bekannt. Nur so viel: Der Mann war in hohen staatlichen Rängen tätig und arbeitet jetzt vor allem als Menschenrechtsanwalt.

Foto: Büro Heribert Hirte, MdB

Ein emotionaler Moment im Stephanuskreis: Naghmeh Abedini zeigt Bilder aus glücklicheren Tagen. Ihr Mann sitzt seit Jahren in Haft.

Veranstaltungen & Vorträge

Sitzungen des Stephanuskreises in der 18. Wahlperiode

Juni 2015

Religionsführer aus der Ukraine zu Gast in Berlin

Neben Seiner Heiligkeit, Filaret II., Patriarch der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche Kiewer Patriarchat, waren zehn weitere Vertreter von Glaubensgemeinschaften Gäste der überkonfessionellen Gesprächsrunde. Gemeinsam berieten sie über Lösungen der gegenwärtigen Krise in der Ukraine. Eine Aussage des Vertreters der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche Moskauer Patriarchat ließ die Mitglieder des Stephanuskreises besonders aufhorchen: „Wir wehren uns entschieden gegen die Instrumentalisierung der Religion!“ Ein starkes Bekenntnis für den Zusammenhalt der unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften, die doch durch den politischen Kampf zwischen Russland und der Ukraine drohen auseinanderzudriften – zumindest wussten davon andere Vertreter aus der Ukraine bei einem voran gegangenen Treffen des Stephanuskreises zu berichten.

Foto: Büro Heribert Hirte, MdB

Oktober 2015

Israel und Türkei im Fokus

Die eine kam aus Israel, der andere aus der Türkei und doch berichteten beide Gäste von ein und derselben Sache: der fehlenden Religionsfreiheit. Die evangelische Pfarrerin Dr. Petra Heldt setzt sich seit über 30 Jahren vor Ort für den Frieden zwischen Israelis und Palästinensern ein.

Im Stephanuskreis machte sie deutlich, dass die Lage der christlichen Gemeinden im Heiligen Land bedrohlicher sei als allgemein angenommen.

Ein ebenso kritisches Bild von der Situation religiöser Minderheiten in der Türkei zeichnete Rechtsanwalt Erdal Doğan in einem Hintergrundgespräch mit wenigen Bundestagsabgeordneten. Er vertritt mehrere armenische Journalisten, „gegen welche ständig unhaltbare strafrechtliche oder politische Behauptungen aufgestellt und unter diesem Vorwand Ermittlungen und Gerichtsverfahren geführt werden“, wie der Jurist erzählte. Ob Assyrer, Pontosgriechen oder Armenier, von oberster staatlicher Stelle würden diese Minderheiten als missionarische Staatsgefährder erfasst, diskriminiert und entsprechend behandelt. „Alle Konzepte von 1915“, so der selbst massiv unter Druck stehende Alevit, „sind seit dem Wegfall des Kommunismus als kollektivem Feindbild 1990 wieder aktiviert worden.“ Das neue-alte Feindbild seien Christen und Kurden, die mit Hassparolen überzogen und verfolgt würden. Der Menschenrechtler plädierte eindringlich für ein größeres Engagement Deutschlands, um die Türkei zur Einhaltung aller Menschenrechte zu bewegen.

Foto: Büro Heribert Hirte, MdB

Dr. Petra Held u. Mirjam Rosenstein (NAFFO) zu Gast im Stephanuskreis

Dezember 2015

Christen in deutschen Asylunterkünften

Nach zahlreichen Medienberichten über Gewalt zwischen Muslimen und Christen in deutschen Flüchtlingsunterkünften hat sich der Stephanuskreis mit dem Thema näher beschäftigt.

Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Zentralrats der Orientalischen Christen in Deutschland (ZOCD), Mike Malke, und zwei Vertretern des Malteser Hilfsdienstes haben die Abgeordneten die Frage diskutiert, ob es sinnvoll sei, Flüchtlinge in den Unterkünften getrennt nach ihrer Religion unterzubringen.

„Wir erleben nicht, dass Christen in deutschen Asylheimen die Möglichkeit haben, unbeschwert ihre Religion auszuleben“, sagte Mike Malke, der für eine separate Unterbringung von christlichen Migranten warb. Andreas Konen, Leiter des Migrationsbüros Mecklenburg Vorpommern der Malteser Werke, räumte ein, der Glaube nehme im Leben der Geflüchteten einen hohen Stellenwert ein. Dies müssten auch weltliche Träger von Asylunterkünften stärker berücksichtigen. Dazu gehöre die Schulung des Wach- und Betreuungspersonals, um gezielter auf Diskriminierung aus religiösen Gründen aufmerksam zu werden. Eine getrennte Unterbringung der Menschen nach ihrer Religion hält Konen dennoch für wenig sinnvoll. Man müsse bereits in den Erstaufnahmelagern ein Klima schaffen, wie es auch „auf offener Straße“ wünschenswert sei, ein Klima der religiösen Toleranz.

„FORB“
Wofür steht das eigentlich?

FORB ist die gängige englische Abkürzung für Freedom of Religion or Belief. Die Kurzformel ‚Religious Freedom’ oder ‚Religious Liberty’ dagegen ist kein Begriff der Amtssprache der Vereinten Nationen oder etwa des EU-Parlaments, da diese Begriffe leicht so verstanden werden können, als wären nichtreligiöse Weltanschauungen weniger zu schützen.

Auch wenn das englische „belief“ auch „Glaube“ heißen kann, ist hier neben Religion ein nicht religiöser Glaube gemeint. Im Deutschen: „Religion und Weltanschauung“. Das deutsche Stichwort „Religionsfreiheit“ umfasst immer auch die Freiheit, eine nichtreligiöse Weltanschauung zu haben. Zu diesen gehört etwa der Humanismus in verschiedenen Varianten ebenso wie der Kommunismus oder zum Beispiel dem Selbstverständnis nach die Anthroposophie.

Daneben kann es auch Überzeugungen geben, die nicht eindeutig einer der beiden Kategorien zugeordnet werden können, so etwa die chinesische Falun Gong-Bewegung. Im Völkerrecht wie im deutschen Recht stehen Religionen und Weltanschauungen bezüglich des Menschenrechtsschutzes auf einer Stufe. Überhaupt enthält sich das Völkerrecht ebenso wie das deutsche Verfassungsrecht der Frage, ob eine Religion einen Gott, mehrere Götter, höhere Wesen usw. verehrt, eine andere Form der Metaphysik hat wie der Buddhismus oder ganz darauf verzichtet und die letzten Werte anders begründet.

Dies gilt übrigens auch für die Frage des Religionswechsels. Tritt etwa ein Deutscher aus der Kirche aus und schließt sich einer nichtreligiösen Weltanschauung an, so ist das ein Religionswechsel, den etwa der Arbeitgeber nicht als Grundlage für eine Entlassung nehmen darf. Die Kirchenaustritte ohne Schaden für die gesellschaftliche Position sind erst durch die Religionsfreiheit möglich geworden.

(Quelle: Prof. Dr. Thomas Schirrmacher, Präsident des Internationalen Rates der International Society for Human Rights ISHR)

Verteidigt die Religionsfreiheit!
Stephanuskreis unterzeichnet Aufruf

60 Unionspolitiker haben im September einen Aufruf gegen die Verfolgung religiöser Minderheiten unterzeichnet. Abgeordnete des Europäischen Parlamentes hatten zuvor nationale Parlamente animiert, den Schutz der Religionsfreiheit stärker in den Fokus zu rücken. Der Appell richtet sich an alle verantwortlichen Akteure, den Wert eines der zentralsten Menschenrechte in allen zwischenstaatlichen Verhandlungen hochzuhalten. Heribert Hirte erklärte dazu: „Die Flüchtlinge, die vor dem IS-Terror bei uns Schutz suchen, sind nur die bisher sichtbare Spitze aller religiös Verfolgten. Wir fordern von allen Staaten: Verteidigt die Religionsfreiheit!“

Foto: Steven Rösler

Knapp die Hälfte aller 60 Unterzeichnenden ist auf dem Dach des Reichstages zusammengekommen: In der Hand die Liste mit allen Unterschriften

Neue Internationale Allianz
Erstes Treffen in New York

Sie zeigten Geschlossenheit im Kampf gegen religiösen Terror: 150 Parlamentarier aus 48 Ländern haben sich Ende September in New York zu einer internationalen Konferenz für Religionsfreiheit versammelt. Eine Delegation rund um den Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder war ebenfalls angereist. Hauptorganisator war die Internationale Parlamentariergruppe zur Verteidigung der Religionsfreiheit (IPPFoRB), zu der auch der Vorsitzende des Stephanuskreises zählt. Gemeinsam verabschiedeten sie eine Erklärung, in der sie die Vereinten Nationen auffordern, die Verteidigung der Religionsfreiheit noch stärker in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen. Denn, so betonte Heribert Hirte, „die Missachtung der Religionsfreiheit ist auch ein Grund dafür, dass sich viele gezwungen sehen, ihr Land in Richtung Europa verlassen zu müssen.“ Die internationale Parlamentariergruppe will künftig mit einer Stimme sprechen und auf fehlende Religionsfreiheit in einzelnen Staaten hinweisen. Mehrere gemeinsam unterzeichnete Briefe an die Regierungen von Staaten, die die Religionsfreiheit missachten, haben schon Wirkung gezeigt – etwa in Pakistan.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
Prof. Dr. Heribert Hirte MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Stephanuskreis,
Prof. Dr. Heribert Hirte MdB
T 030. 227-7 78 32
F 030. 227-7 68 30
heribert.hirte@bundestag.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.